

Bürokratie bremst die Wärmewende aus

Deregulierung und Entbürokratisierung jetzt umsetzen

Die überbordende Bürokratie blockiert die Wärmewende. Über 70 % der Gewerbe- und Handwerksbetriebe berichten, dass die Bürokratiebelastung in den vergangenen drei Jahren weiter zugenommen hat. Der volkswirtschaftliche Schaden ist enorm: Bürokratische Auflagen kosten das Gewerbe und Handwerk jährlich 4,3 Milliarden Euro – das entspricht rund 70 Millionen Arbeitsstunden oder 42.190 Vollzeit-Arbeitsstellen, die für produktive Tätigkeiten verloren gehen. Österreich besteht aus neun verschiedenen Bundesländern mit jeweils verschiedenen Genehmigungsverfahren, Förderportalen und Fassungen der OIB-Richtlinien – ein Regulierungschaos, das Installateur:innen, Hausbesitzer:innen und Unternehmen täglich ausbremst. Die Sanierungsrate stagniert seit 15 Jahren bei rund 1,6 % statt der erforderlichen 3 %. Jedes Jahr, das Österreich bei der Defossilisierung verliert, kostet den Standort Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und erhöht die Wahrscheinlichkeit für EU-Strafzahlungen von rund 3 Mrd. Euro bis 2030.

Bürokratieabbau ist das günstigste Konjunkturpaket, das die Politik anbieten kann: Es ist effizient, ressourcenschonend und ermöglicht den Betrieben, die Arbeitskraft tatsächlich für produktive Arbeiten einzusetzen. **Deregulierung bedeutet dabei nicht den Abbau von Schutzstandards** – es geht um deren Vereinheitlichung, Digitalisierung und pragmatische Anwendung. Schlankere Genehmigungsverfahren, österreichweit einheitliche Regelungen und besser abgestimmte Zuständigkeiten setzen Investitionen frei, entlasten Haushalte und erhöhen die Planungssicherheit. Nur durch den Abbau überflüssiger Komplexität lässt sich das volle Potenzial technischer und finanzieller Instrumente ausschöpfen. Das Zukunftsforum SHL richtet daher folgende Forderungen an die Politik:

- **Österreichweit einheitliche Bauordnung herstellen:** Unterschiedliche Vorschriften in den Bundesländern behindern die Geschäftstätigkeit ausführender Unternehmen massiv. Einheitliche bautechnische Regeln – insbesondere die synchrone Übernahme der OIB-Richtlinie 6 (Ausgabe 2025) in allen Bundesländern – senken den Aufwand für Planung, Ausbildung und Qualitätssicherung und schaffen österreichweit vergleichbare Grundlagen. Die OIB-Richtlinie 6 basiert auf EU-Recht und muss verpflichtend bis Ende Mai 2026 umgesetzt werden.
- **Lärmschutzstandards bundesweit harmonisieren:** Die verbindliche Einführung der OIB-Richtlinie 5 mit einem einheitlichen Rechenblatt harmonisiert die Lärmschutzstandards für Luftwärmepumpen österreichweit. Anlagen unter 42 dB Schallleistung sollen bundesweit genehmigungsfrei gestellt werden; für Anlagen ab 42 dB ersetzt eine einheitliche digitale Genehmigungsplattform mit automatischer Länderzuweisung die bisherigen Portale und Gebührenordnungen. Für diese genehmigungspflichtigen Anlagen soll eine maximale Genehmigungsfrist von vier Wochen gelten sowie Pauschaltarife.
- **Einheitliche Förderstruktur für alle Bundesländer schaffen:** Langfristig gesicherte Förderungen mit einem vereinfachten, österreichweit einheitlichen Antragsverfahren und gleichen Qualitätsstandards sind Voraussetzung, um den Ausstieg aus fossilen

- Heizungen bis 2040 zu erreichen. Ein gemeinsames digitales Förderportal bündelt Bund, Länder und Gemeinden: Bürger:innen und Betriebe geben ihre Daten **einmal** ein – das System leitet sie automatisch weiter. Die technischen Grundlagen für One-Stop-Shops bestehen, Österreich sollte diese nutzen.
- **Einheitliche Datenbasis für Energieausweise und Anlagendaten:** Fehlende Standards bei Energieausweisen, Förderhistorie und Anlagendaten bedeuten für Installateur:innen und Energieberater:innen einen erheblichen Mehraufwand. Eine bundesweit einheitliche Datenbankstruktur legt verbindliche Datenstandards fest und vereinfacht die Abstimmung zwischen Installateur:innen, Energieberater:innen und Eigentümer:innen. Weiterhin wäre es eine große Erleichterung, wenn Installateur:innen und Rauchfangkehrer:innen Zugriff auf die Datenplattform der Energieberatung erhalten.
- **Einheitliche Standards für Energieberater:innen:** Unterschiedliche Zulassungsvoraussetzungen und Verfahren je nach Bundesland führen dazu, dass Eigentümer:innen je nach Wohnort ungleich behandelt werden – und Berater:innen ihre Ergebnisse immer wieder neu nachweisen müssen. Standardisierte Beratungsformate, die länderübergreifende Anerkennung von Beratungsergebnissen sowie verbindliche maschinenlesbare Datenfelder schaffen Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Deregulierung und Bürokratieabbau sind keine politischen Nebenschauplätze – sie sind die Voraussetzung dafür, dass Österreichs Klimaziele und der Wirtschaftsstandort nicht gegeneinander ausgespielt werden. Überbordende Bürokratie verschärft den Fachkräftemangel, heizt die Inflation an, hemmt Investitionen und behindert Innovation – das kann sich Österreich nicht leisten. Das Fenster ist offen: Die laufende OIB-Umsetzungsfrist, der Fokus der Bundesregierung auf Entbürokratisierung mit eigenem Staatssekretariat und die hohe Investitionsbereitschaft der Bevölkerung bieten eine einmalige Chance. Wer die Wärmewende wirklich will, muss jetzt die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Das Zukunftsforum SHL ist ein Interessensverband der österreichischen Installateur:innen sowie führender Unternehmen der Branche. Seit seiner Gründung setzt sich der Verein für die Dekarbonisierung der Raumwärme und Heizungsmodernisierungen ein und steht im regelmäßigen Austausch mit den relevanten Entscheidungsträger:innen. Das Zukunftsforum repräsentiert einen Wirtschaftszweig mit rund 7,1 Milliarden Euro Umsatzerlösen und rund 36.000 Mitarbeiter:innen.